66. Jahrgang. № 196. Sonntag, 23. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,— M., vierteljährlich 63,— M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 32 mm breite Zeile 5 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 1,50 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

14 Ringstraße Königsdiele Ringstraße 14
Vornehmes Restaurant

Trinkt Radeberger Pilsner

Belvedere
Brühlsche Terrasse
4—7 Uhr: Konzert
8—12 Uhr: Kleinkunstbühne

Hotel u. Kaffee Blesch
4—7 Uhr: Konzert
8—12 Uhr: Heitere Künstlerabende
Weinrestaurant — Bar
Frühstücksstube

26 Prager Straße Elegantes Reisegepäck Adolf Näther Feinste Lederwaren Prager Straße 26

Frankreichs entscheidender Angriff auf Genua.

Anfechtung der Rechtmäßigkeit des deutsch-russischen Vertrags.

Paris, 22. April. Agence Havas meldet aus Genua: Die französische Abordnung sandte gestern abend an den Vorsitzenden der Konferenz ein Schreiben, in dem sie gegen den Inhalt der deutschen Antwort auf die Entschließung der Alliierten Einspruch erhebt. In diesem Schriftstück bestreitet die französische Abordnung die Rechtmäßigkeit des deutsch-russischen Vertrages, der den Bedingungen von Cannes widerspreche. Sie ersucht de facto, die Bevollmächtigten der neun alliierten Mächte, die die Entschließung vom 18. April unterzeichnet haben, zu einer Besprechung zusammenzuberufen.

Barthous Lob.

Paris, 22. April. Die regierungsfreundlichen Blätter versichern, Barthou habe gestern in Genua auf Grund von Pariser Instruktionen den Standpunkt Frankreichs erfolgreich vertreten, indem er die Ablehnung des russischen Antrages auf Anerkennung der Sowjetregierung durchsetzte und die angebliche Belegung des Rapallovertrages bestritt.

Die französische Revanche für den Rußlandvertrag.

Weder Anleihe noch Moratorium. — Die wacklige Autorität Lloyd Georges.

Berlin, 22. April. Aus Genua wird der „B. Z." gemeldet: Der gestrige Tag war gekennzeichnet durch Zusammenstöße zwischen Lloyd George und Barthou, der Lloyd Georges Erklärung beim Presseempfang „weder die deutsche noch die russische Antwort an die Konferenz werde deren Fortgang Schwierigkeiten bereiten", Lügen strafen wollte. Noch schlimmer ist aber, was man bei den Franzosen unter sich zu hören bekommt: **Dort ist es ganz ausgemacht, daß beide Antworten, die deutsche und die russische für Frankreich völlig unannehmbar seien. Solange die russische Antwort noch nicht vorlag, stützte man sich ausschließlich auf die Deutschen. Die Tatsache, daß der deutsch-russische Vertrag bestehen bleibe, sei unerträglich. Es wird nicht dabei bleiben, daß die Reparationskommission nur in eine Prüfung seiner Zulässigkeit eintreten werde. Sie werde auch für die Zukunft ihre Schlüsse aus den politischen Absichten Deutschlands mit diesem Vertrag ziehen. Sie werde kein Moratorium und keine Anleihe mehr in Erwägung ziehen können, sondern nur noch den Buchstaben des Versailler Vertrags.**

Zur russischen Frage erklären die Franzosen: Die Antwort der Russen mache sich über Europa lustig. Die theoretische Anerkennung der Vorkriegsschulden ohne jede Verzinsung sei eine Farce, denn die Russen verlören kein Wort darüber, wie und wann sie zahlen wollten. Sie erklärten vielmehr zynisch, daß sie zunächst selber neues Geld von der Entente geliehen erhalten müßten. Man wisse ja, daß sie ein fünfzehnjähriges Moratorium und eine fünfzigjährige Tilgung ihrer eigenen Schulden vorschlagen wollen, also

einen Scheck auf die Bank von Wolkenkuckucksheim

anbieten, während sie für sich selber sofort in Paris oder London zahlbare Schecks fordern, und vor diese Satire setzen sie auch noch eine unerläßliche Bedingung, ihre Anerkennung als legitime Regierung durch ganz Europa.

Frankreich werde sich aber nicht durch die wacklige Autorität Lloyd Georges oder der Bolschewisten so plump düpieren lassen. Niemals werde es die Bolschewisten anerkennen.

Wenn die Russen vernünftige wirtschaftliche Angebote gemacht hätten, hätte sich Frankreich bereit finden könnenn, die Handelsbeziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen, eine neue Art von Wirtschaftsdiplomaten oder offiziellen Handelsbevollmächtigten zu entsenden und zuzulassen, darüber hinaus wäre es aber auch dann nicht gegangen. Nach der heutigen Antwort der Russen werde es überhaupt nichts tun.

Der Korrespondent der „B. Z." schließt: Jedenfalls stehen wir jetzt unmittelbar vor dem entscheidenden Angriff der Franzosen auf Genua. Wer die marklose Gebrechlichkeit dieser Konferenz 14 Tage lang von innen heraus kennen gelernt hat, kann gar nicht mehr übersehen, daß sie schon das Gesicht eines Sterbenden hat. Von anderer Seite wird in Genua gemeldet, es werde immer wahrscheinlicher, daß Lloyd George nach Schluß der Konferenz von seinen Posten zurücktreten werde. Als sein Nachfolger werde bereit Lord Edward Grey genannt.

Die Erbitterung der Franzosen.

Lloyd George bedauert die Gewaltpolitik Poincarés.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genua, 22. April. Die Franzosen sind erbittert, weil die meisten diplomatischen Unterhandlungen sich nur zwischen Deutschen, Italienern und Engländern abspielen. Nach Erkundigungen in englischen Kreisen bedauert es Lloyd George lebhaft, daß einem so scharfsinnigen und maßvollen Manne wie Barthou von Poincaré so feste Zügel angelegt werden, und man in Paris immer noch Gewaltmaßregeln, wie die Besetzung deutscher Gebiete, plant. Lloyd George würde es vorziehen, wenn Poincaré selbst zur Genueser Konferenz käme, anstatt die französischen Delegierten fortdauernd mit Telegrammen zu leiten.

Die Teuerung.

Die Preise fliegen weiter in die Wolken und treiben dort wie Schmetterlinge ein tändelndes Spiel mit unserer Not. Wir aber, die wir, belastet durch die Erdenschwere, nicht mitfliegen können, starren verzweifelt hinterdrein, und an unsere Fersen heftet sich Frau Sorge, die graue Frau, die seit dem Abschluß des Versailler Vertrages rastlos im deutschen Lande umherwandert und uns nicht zur Ruhe kommen läßt. Wer in der Lage ist, die sich heranwälzenden Preissteigerungen durch Ueberleitung auf andere Kreise von sich abzuwehren, kann ja auch jetzt noch ohne Zittern und Zagen vor dem kommenden Tage existieren. Alle anderen aber, die auf Löhne und Gehälter angewiesen sind, und das ist der weitaus größte Teil der Bevölkerung, wissen nicht mehr aus noch ein, da ihnen trotz aller Aufbesserungen immer weniger die Möglichkeit gegeben ist, die Kosten auch nur der einfachsten Lebenshaltung zu bestreiten. Allein im März sind die Preise für alle Bedarfsgegenstände ungefähr um ein Drittel gestiegen, und es ist durchaus noch nicht abzusehen, wann diese Aufwärtsbewegung zum Stillstand gelangen wird. Von sozialdemokratischer Seite werden angesichts der panikartigen Stimmung, die sich der ausgepreßten Verbraucher bemächtigt hat, Beschwichtigungsversuche unternommen. Man weist auf die deutsch-russische Verständigung hin, auf das angeblich sicher zu erwartende Moratorium und die glitzernde Goldanleihe, die uns aus der Klemme helfen soll. Alles das müsse den Markwert unbedingt heben und einen allgemeinen Preissturz zur Folge haben. Der deutsche Verbraucher aber ist nach allen den trüben Erfahrungen, die er bereits gemacht hat, gegen solche Verheißungen sehr skeptisch geworden und glaubt an eine Erleichterung seiner Lage nicht eher, bis sie handgreiflich vor ihm steht. Selbst wenn aber aus den angeführten Gründen eine gewisse Hoffnung auf Besserung berechtigt erscheinen könnte, so würde sie gleich wieder im Keime erstickt werden durch die Meldungen, die über einen wahrhaft beängstigenden Zustrom von Fremden in diesem Sommer verbreitet werden. Vor allem sind es amerikanische Gäste, die eine wahre Ueberschwemmung Deutschlands herbeizuführen beabsichtigen, angelockt durch die billige Lebenshaltung, die der hochgetriebene Dollar ihnen auf unsere Kosten ermöglicht. Bei der Badeverwaltung in Kreuznach sind bereits 17 000 amerikanische Kurgäste angemeldet worden, und ganz Oberbayern ist von Amerikanern derartig mit Beschlag belegt worden, daß die wenigen deutschen Familien, die es noch einmal trotz aller Ungunst der Verhältnisse mit der alten liebgewordenen Erholungsstätte versuchen wollten, völlig außerstande sind, noch irgendwo einen Winkel zu finden, wo sie sich dort einnisten könnten. Das ist bitter für das deutsche Empfinden, und nicht minder bitter ist die kolossale, alle Begriffe übersteigende Erhöhung sämtlicher Preise, die infolge einer solchen Fremdenüberflutung und der damit verbundenen Steigerung der Nachfrage ohne gleichzeitige Vermehrung des Angebots eintreten muß. Wir leben noch immer im Zeichen der Lebensmittel- und Warenknappheit, und wenn nun der inländische Markt, der so wie so schon Not leidet, vollends noch einem solchen Kaufsturm der Fremden ausgesetzt wird, dann muß aus der Knappheit ein schwerer Mangel werden, der weite Schichten des Volkes noch tiefer ins Elend führt.

Das sind Zustände und Verhältnisse, die von allen berufenen Faktoren eine gründliche Prüfung der Frage erfordern, ob sich denn nicht irgend etwas Wirksames dagegen tun läßt. Vor allem ist es das Hinsiechen und Absterben des einst so blühenden und die stärkste nationale Kraftquelle bildenden Mittelstandes, das als eine der bedrohlichsten Zeiterscheinungen ganz besondere Beachtung heischt. Der immer schlagfertige Berliner Mutterwitz hat für die gegenwärtige Lage des Mittelstandes ein Wort geprägt, das besser als langatmige Schilderungen den Kern der Sache bezeichnet: Der Mittelstand, sagt der Berliner, lebt nicht von der Hand in den Mund, sondern von der Wand in den Mund, weil er alles, was er noch Wertvolles an der Wand hängen hat, veräußern muß, um sich durchzubringen. Welcher einsichtige Staatsmann und Politiker möchte da nicht mit allen Kräften helfend eingreifen, um zu retten, was noch zu retten ist? Der gute Wille vermag hier aber wenig, weil es an gangbaren Wegen fehlt, solange die tiefere Ursache unseres ganzen Unglücks, der Versailler Friedensvertrag, mit seinem erpresserischen Reparationssystem weiterbesteht. In der ersten Zeit, als die öffentliche Meinung sich noch nicht zu der Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhanges zwischen Friedensvertrag, Geldentwertung und Teuerung durchgerungen hatte, pflegte man stürmisch von den Regierungen des Reiches und der Länder einen „Preisabbau" zu verlangen, und der Irrtum, daß ein solcher künstlich herbeigeführt werden könnte, wurde dadurch verstärkt, daß es mit Hilfe der Zwangswirtschaft gelungen war, eine kurze Zeit hindurch für die notwendigsten Nahrungsmittel und die Kohlen den Prozeß des Preisauftriebes wenigstens zu verlangsamen. Die Gewalt der natürlichen wirtschaftlichen Entwicklung hat aber die Zwangswirtschaft aus den Angeln gehoben, und ihre

Das Begleitschreiben zur russischen Antwortnote.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Genua, 22. April. Der russischen Antwortnote ist ein längeres zum Teil sehr weitschweifiges Begleitschreiben mitgegeben, in dem der Standpunkt der Delegation ausführlich betont und in dem die Einwendungen, die die Russen gegen das Londoner Memorandum zu machen haben, besprochen werden. Vor allem wird im Begleitschreiben verlangt, daß vor der Befriedigung der Gläubiger der Wiederaufbau in Erwägung gezogen werden muß. Des weiteren wird ausführlich auf die in Sowjetrußland eingeführte Rechtsreform verwiesen und gesagt: Die russische Delegation sei bereit, alle Wünsche, die der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Verkehr mit anderen Staaten dienen könnten, in Betracht zu ziehen. Sie hoffe aber, daß bezüglich des Schutzes des fremden Kapitals eine Verständigung getroffen werden könnte. Sie erklärt weiter, daß die Verständigung nur dann in Rußland wirksam sei und dem Schutze der fremden Interessen und des fremden Kapitals dienstbar sein könnte, wenn die Anerkennung der Sowjetregierung von rechtswegen erfolge.

Das Begleitschreiben wendet sich scharf gegen die Einführung der Kapitulationen und Schuldenverwaltungen und sagt, daß, wenn dies eingerichtet würde, Rußland unter ein Kontrollsystem zu stehen käme, das demjenigen gleiche, unter das Deutschland durch die Reparationskommission gekommen sei. Bezüglich der Schuldenfrage betont das Begleitschreiben, daß, wenn Sowjetrußland sich geweigert habe, die Schulden der Zarenregierung anzuerkennen, oder die Forderungen derjenigen anzuerkennen, die unter den politischen Maßnahmen gelitten haben, seien prinzipielle Gründe die Ursache. Es wird dann in längeren Ausführungen auf die Gründe verwiesen, die Sowjetrußland für die Vergütung der Entschädigungszahlungen an die fremden Bürger anführt. Diese Gründe sind durch wiederholte Ausführungen Radeks bekannt. Immerhin, heißt es dann, wünsche die Sowjetregierung die Mitarbeit des fremden Kapitals und sei daher bereit, fremden Staatsbürgern für die erlittenen Schäden Vergütung zu gewähren unter der Bedingung der Gegenseitigkeit, d. h. soviel, als die Forderungen der fremden Staatsbürger betragen, sollen auch die Forderungen, die die Sowjetregierung an die fremden Mächte für die Schäden erhoben hat, die durch die militärischen Experimente entstanden sind, betragen.

Wie Sowjet-Rußland das Besitzrecht auffaßt, geht aus dem Schlußartikel des Schreibens hervor, der ungefähr wie folgt lautet:

Die russische Delegation muß schließlich feststellen, daß trotz des Absatzes 1 der Resolution von Cannes, der jeder Nation das Recht zuerkennt, das ihr zustehende Eigentumssystem zu wahren, das Londoner Memorandum wiederholt die Frage der Rückgabe der internationalen Unternehmungen, an den Besitzer aufwirft. Die Sowjet-Regierung, die sich für raschesten Wiederaufbau der Industrie und für Steigerung der Produktionsfähigkeit einsetzt, ist selbst bemüht, den früheren Besitz bei dieser Neuordnung einen Vorzug zu geben, vorausgesetzt, daß die ehemaligen Besitzer über die notwendigen wirtschaftlichen Erfahrungen verfügen. Jedoch wird die Sowjet-Regierung nicht zugeben können, daß man ihr die Rückgabe der früheren Unternehmungen unter dem Titel des Privateigentums auferlegt.

Lloyd Georges Note an die Russen.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. April. Das am 15. April d. J. von Lloyd George der russischen Delegation übergebene Aide-Memoire, dessen Beantwortung die bereits veröffentlichte Note Tschitscherins an die Konferenz bedeutete, hatte, wie jetzt bekannt wird, folgenden Inhalt:

1. Die alliierten Regierungen lehnen die Verantwortung für die von den Sowjets erhobenen Ansprüche ab.

2. Mit Rücksicht auf die ernste wirtschaftliche Lage Rußlands sind die Alliierten bereit, die russischen Kriegsschulden in einer gewissen, später zu vereinbarenden Höhe abzuschreiben und die aufgelaufenen Zinsen zu ermäßigen.

3. Der Sowjetregierung kann in folgenden Punkten entgegengekommen werden: a) hinsichtlich der Schulden und finanziellen Verpflichtungen, die Rußland fremden Staatsangehörigen gegenüber hat, b) hinsichtlich des Rechtes solcher fremder Staatsangehöriger auf Rückgabe ihres Eigentums oder Schadenersatz für erlittene Schäden aus diesem Eigentum.

Bemerkt sei, daß dieses Aide-Memoire an die Russen nicht auch der deutschen Delegation übergeben worden ist.